

Protokoll

Zeit: 16:10 Uhr – 18:50 Uhr
Ort: Konferenzzentrum im Ludwig Erhard Haus

Vorsitz: Präsident Dr. Eric Schweitzer

Anwesend: Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder und Gäste.

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)
Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)
Katja Steinbrück
Vesna Mokorel-Kalusa (Protokollführerin)

Tagesordnung:

- TOP 1:** Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 11. Juni 2014
- TOP 2:** Olympiabewerbung Berlin
- TOP 3:** CSR und Ehrbarer Kaufmann
- TOP 4:** Regularien
- 1. Wahl eines neuen Präsidiumsmitgliedes**
 - 2. Wahl eines neuen Vizepräsidenten**
 - 3. Feststellung des Jahresabschlusses 2013, Beschluss über die Ergebnisverwendung 2013, Entlastung der Wirtschaftsführung 2013**
 - 4. Änderung des Finanzstatuts der IHK Berlin und Beschluss der Beschaffungssatzung**
 - 5. Änderung der Prüfungsordnung Sachkundeprüfung Finanzanlagenvermittler durch Erweiterung um Honorarfinanzanlageberater und Änderung der Anlage Gebührenordnung (Gebührentarife)**
- TOP 5:** Aktuelle Themen
- TOP 6:** Verschiedenes

Herr Dr. Schweitzer informiert vor Eintritt in die Tagesordnung über zwei personelle Veränderungen seit der letzten Vollversammlung. **Herr Axel Borchert** (Geschäftsführer der Borchert Geoinfo GmbH) ist aus der Vollversammlung ausgeschieden. Sein Nachrücker in der Wahlgruppe 20 (Unternehmensservice) ist **Herr Christian Edler** (Inhaber, Christian Edler). Des Weiteren ist **Frau Monika Monegel** (Inhaberin, Monika Monegel) aus der Vollversammlung ausgeschieden. Ihr Nachrücker in der Wahlgruppe 15 (Bildung und Freizeit) ist **Herr Stefan Spieker** (Geschäftsführer, FRÖBEL Management GmbH).

Herr Dr. Schweitzer bedankt sich bei den beiden ausgeschiedenen Mitgliedern für ihr Engagement und wünscht ihnen alles Gute.

Bei Eintritt in die Tagesordnung sind 68 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 11. Juni 2014

Die Vollversammlung genehmigt bei einer Enthaltung die Niederschrift der Sitzung der Vollversammlung vom 11. Juni 2014.

TOP 2: Olympiabewerbung Berlin

Herr Dr. Schweitzer erinnert daran, dass bereits in der letzten Sitzung der Vollversammlung das Thema Olympiabewerbung Berlins thematisiert wurde. Nun hat sich der Berliner Senat dafür entschieden, am nationalen Interessenbekundungsverfahren des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zur Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024 oder 2028 teilzunehmen. Deswegen soll das Thema nun in der Vollversammlung diskutiert und eine Position der Wirtschaft festgelegt werden.

Herr Eder berichtet über die Grundlagen des Verfahrens. Berlin hat aufgrund des vorgesehenen Zeitplans des nationalen Interessenbekundungsverfahrens zu Ende August fristgemäß seine Bewerbung abgegeben. Die Stadt ist gut geeignet, die Olympischen und Paralympischen Spiele auszutragen, da Berlin schon viele Erfahrungen mit großen Sportevents sammeln konnte. Zudem sind bereits viele Sportstätten, eine gute Infrastruktur und ausreichend Hotelkapazitäten vorhanden. In Bezug auf die anfallenden Kosten informiert Herr Eder, dass bei der Organisation der Spiele sowohl operative Kosten als auch Infra-

strukturkosten für die Stadt entstehen würden. Dabei könnten die operativen Kosten für die Durchführung der Spiele durch IOC-Gelder, Fernseh- und Eintrittsgelder refinanziert werden. Die Infrastrukturkosten würden vor allem vom konkreten Austragungskonzept und Infrastrukturbedarf abhängen. Da die Bewerbung vom DOSB getragen wird könnte auch mit der finanziellen Unterstützung des Bundes gerechnet werden.

Bei der Berliner Bewerbung sollen die olympischen Werte (Höchstleistung, Freundschaft, Respekt) wieder im Vordergrund stehen. Die Bewerbung und Vergabe soll transparent und offen sein. Auch die Berliner Bevölkerung sollte bei der Bewerbung beteiligt werden. Zu den Grundprinzipien gehören die ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit der Spiele. Herr Eder betont, dass bei der Durchführung eines solchen Events nicht mit einer sofortigen wirtschaftlichen Auswirkung zu rechnen sei. Viel wichtiger seien die positiven wirtschaftlichen Nachwirkungen der Spiele, wie z.B. der Infrastrukturausbau und die in den späteren Jahren erfolgende touristische Nachfrage.

Das Präsidium des DOSB wird Ende Oktober und dessen Mitgliederversammlung Anfang Dezember entscheiden, ob mit Berlin oder mit Hamburg in die Bewerbung gegangen werden soll. Weitere Informationen sind der als **Anlage 1** beigefügten Präsentation zu entnehmen.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Herren **Hübner, Dolla, Dobat, Jacobus** und **Leichsenring**. Zwei Aspekte werden dabei besonders hervorgehoben: zum einen ist es wichtig, dass Olympische Spiele keine regionale sondern eine bundesweite Angelegenheit sind. Dafür wird eine professionelle und abgestimmte Vermarktung mit internationaler Unterstützung für eine erfolgreiche Durchführung der Bewerbung als unerlässlich angesehen. Zum anderen geht es um die Frage, wie die Berliner Bevölkerung für eine positive Unterstützung gewonnen werden kann. Die Vollversammlung ist sich einig, dass es abgestimmte Kommunikations- und Marketingmaßnahmen geben muss. Dementsprechend soll der Eindruck, Olympia diene nur bestimmten Interessen, vermieden und die Vorteile für alle gesellschaftlichen Schichten in Berlin aufgezeigt werden. Herr Hübner regt abschließend an, ein wissenschaftliches Gutachten zu den wirtschaftlichen Aspekten der Olympiabewerbung einzuholen. Außerdem sollen seiner Meinung nach die Mitglieder der IHK zu ihrer Meinung bezüglich der Bewerbung befragt werden, ehe sich die Vollversammlung konkret zur Olympiabewerbung positioniert. Herr Eder betont, dass die vorliegenden Studien bereits nachgewiesen haben, dass große Sportereignisse eine positive Auswirkung auf den Wirtschaftsstandort Berlin haben.

Herr Eder bittet die Vollversammlung nun um eine Positionierung für die Berliner Wirtschaft zur Bewerbung der Stadt Berlin um Olympische Spiele im Jahr 2024 oder 2028. Dabei weist

er zunächst daraufhin, dass das vorliegende Legislaturprogramm der Vollversammlung, ebenso wie das Arbeitsprogramm 2014, bereits eine Positionierung zur Förderung des Sportstandortes Berlin auch durch größere Sportereignisse enthält.

Er berichtet weiter, dass sich die Vollversammlung in den neunziger Jahren in Bezug auf die damalige Olympiabewerbung bereits für Olympische Spiele in Berlin ausgesprochen und entsprechende Budgetmittel für eine Kommunikationskampagne bereitgestellt hat. Dieses positive Votum zu Olympischen Spielen in der Stadt wirkt zwar fort, Herr Eder hält aber eine aktuelle Positionierung angesichts veränderter Umstände für unerlässlich.

Herr Dr. Schweitzer ruft zur Abstimmung auf und fragt die Vollversammlung zunächst, ob eine Befragung der Mitglieder vor Positionierung der Vollversammlung zum Thema Olympiabewerbung, wie von Herrn Hübner vorgeschlagen, stattfinden soll.

Die Vollversammlung lehnt bei acht Zustimmungen und elf Enthaltungen, die Durchführung einer Mitgliederbefragung vor einer Positionierung der Vollversammlung zu diesem Thema ab.

Herr Dr. Schweitzer bittet nun um eine gemeinsame Positionierung der Vollversammlung zum Thema Olympiabewerbung Berlins.

Die Vollversammlung beschließt im Anschluss bei acht Gegenstimmen und acht Enthaltungen, dass die IHK Berlin eine Bewerbung Berlins um Olympische und Paralympische Sommerspiele 2024 oder 2028 begrüßt. Die IHK Berlin würde im Rahmen einer möglichen Berliner Bewerbung eine koordinierende Funktion für die Berliner Wirtschaft übernehmen.

TOP 3: CSR und Ehrbarer Kaufmann

Herr Dr. Schweitzer informiert die Vollversammlung, dass auch in diesem Jahr wieder die „Franz-von-Mendelssohn-Medaille“ verliehen wird, mit der jährlich Unternehmen für ihr herausragendes soziales Engagement ausgezeichnet werden. Der aus Privatmitteln der Präsidenten von IHK und HWK finanzierte Preis zeigt, wie die Berliner Wirtschaft durch Kreativität und Engagement einen bedeutenden Beitrag zum sozialen Zusammenhalt von Berlin leisten kann. Diesen wichtigen gesellschaftlichen Trend hat die IHK bereits seit geraumer Zeit aufgegriffen. Frau Meyer begleitet dieses Thema seit nunmehr sieben Jahren.

Die Anregung, Unternehmen dabei zu helfen, ihr vielseitiges Engagement auch strategisch zu kommunizieren, wird unter Führung von Frau Meyer mit innovativen IHK-Veranstaltungsformaten, wie bspw. dem CSR-Forum und dem Berliner CSR-Tag unterstützt. Herr Dr. Schweitzer bedankt sich bei Frau Meyer für ihr Engagement und ihre Hilfe.

Frau Meyer als CSR-Sprecherin berichtet zunächst über die Aktivitäten der CSR-Initiative der IHK Berlin, die durch ihr Engagement ein Vorbild auch für die anderen Kammern sei. Die IHK Berlin wird durch diese Initiative zunehmend als wichtiger und kompetenter Partner für die Unternehmen auch in diesem Themenfeld wahrgenommen. Anschließend informiert sie die Vollversammlung über die wichtigsten Inhalte des CSR-Forums 2014 sowie des Berliner CSR-Tages 2013 und lädt in diesem Zusammenhang zur nächsten Veranstaltung am 24. September 2014 ein. Außerdem stellt Frau Meyer anhand der Präsentation, die als **Anlage 2** dem Protokoll beigefügt ist, die Initiative zum Thema „Ehrbarer Kaufmann“ vor. Bei dieser Initiative hat es sich der Arbeitskreis zum Ziel gesetzt, den gesetzlichen Auftrag wahrnehmbarer zu machen und eine gemeinsame Position bzw. ein Leitbild der Berliner Wirtschaft zum Ehrbaren Kaufmann zu entwickeln. Damit soll die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Bedeutung des Unternehmertums gestärkt und die Bereitschaft von kleinen und mittleren Unternehmen für ein entsprechendes Engagement erhöht werden. Zudem soll die Initiative dazu beitragen, den gesetzlichen Auftrag der IHK sichtbar zu machen.

TOP 4: Regularien

1. Wahl eines neuen Präsidiumsmitglieds

Herr Dr. Schweitzer berichtet, dass der durch die Amtsniederlegung von Stephan Schwarz freigewordene Platz im Präsidium nun nachbesetzt werden soll. Für diesen Sitz im Präsidium gibt es zwei Kandidaten. Zum einen hat Herr Christoph Hübner (Geschäftsführender Gesellschafter Aphrodizia UG) seine Kandidatur für das Präsidium erklärt. Von Herrn Matthias Frankenstein (Geschäftsführender Gesellschafter der Mercedöl-Feuerungsbau GMBH) und Herrn Jörg Lammersen (Prokurist der TLG Immobilien GmbH) wird gemeinsam Herr Michael Geißler (Geschäftsführer der Berliner Energieagentur GmbH) für dieses Amt vorgeschlagen.

Zunächst stellt **Herr Christoph Hübner** sich und seine unternehmerische Tätigkeit vor. Als Ziel für seine Mitarbeit im Präsidium benennt er die Schaffung einer attraktiven, wettbe-

werbsfähigen, transparenten und sparsamen Kammer. Er möchte sich zudem dafür einsetzen, dass die IHK im Falle einer von ihm favorisierten möglichen Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft attraktiv bleibt und funktionsfähig ist. Außerdem möchte er die Kleinunternehmer sowie die Berliner Kreativwirtschaft und Freizeitbranche in einem so wichtigen Gremium entsprechend vertreten.

Anschließend stellt sich **Herr Michael Geißler** der Vollversammlung vor. Trotz seines jetzt schon vielseitigen Engagements möchte er gerne die Gelegenheit nutzen, im Präsidium der IHK mitzuarbeiten. Bereits seit vielen Jahren ist er zu energiepolitischen Themen an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft tätig und möchte seine diesbezüglichen regionalen und nationalen Erfahrungen in die Arbeit der IHK Berlin einbringen.

An der anschließenden Diskussion zu beiden Kandidaten beteiligen sich die **Herren Dobat, Jacobus, Dreusicke** und **Klussmann**. Auf Nachfragen erläutert Herr Hübner, dass er keinen Interessenkonflikt zwischen den Zielen des Bundesverbandes für freie Kammern, dessen Mitglied er ist und der u.a. die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft fordert, und einer herausgehobenen Position im Präsidium der IHK sieht. Herr Klussmann betont, dass es seiner Meinung nach nicht vereinbar sei, die Stärke und die Funktionsweise der IHK auf der einen Seite in Frage zu stellen und auf der anderen Seite für eine Position im Präsidium der IHK zu kandidieren. Er ergänzt, dass auch im Präsidium die Kandidaturen diskutiert worden seien und die Mitglieder des Präsidiums einhellig Herrn Geißler unterstützten.

Herr Geißler erklärt, auf Nachfrage von Herrn Dobat, dass die Berliner Energieagentur nicht dem öffentlichen Dienst zuzurechnen ist.

Die Vollversammlung wählt sodann geheim. Die parallel zur Sitzung erfolgende Auszählung unter Aufsicht des Justitiariats der IHK Berlin ergibt, dass die Vollversammlung mit zweiundfünfzig Stimmen für Herrn Geißler, achtzehn Stimmen für Herrn Hübner und acht Enthaltungen, Herrn Geißler in das Präsidium der IHK Berlin wählt.

Herr Geißler nimmt die Wahl an. **Herr Dr. Schweitzer** gratuliert ihm und freut sich auf die Zusammenarbeit.

2. Wahl eines neuen Vizepräsidenten

Herr Dr. Schweitzer erläutert, dass er als Präsident von DIHK und IHK Berlin, ebenso wie als Unternehmer anspruchsvolle und zeitintensive Ämter innehat. Demzufolge ist er auf kompetente Unterstützung durch seine Stellvertreter angewiesen. Um allen Themen, mit

denen sich die IHK Berlin befasst, gerecht zu werden, hat sich innerhalb des Präsidiums eine Arbeitsteilung zwischen ihm und den drei Vizepräsidenten bewährt. Herr Dr. Schweitzer dankt in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich den Vizepräsidentinnen für Ihre Unterstützung. Herr Schwarz hat im Präsidium meist die gesamtwirtschaftlichen Themen übernommen. Um diesen Anforderungen auch weiterhin gerecht zu werden, möchte er der Vollversammlung Herrn Tobias Weber als neuen Vizepräsidenten vorschlagen. Herr Weber ist in seiner zweiten Amtsperiode im Präsidium der IHK tätig und hat von Anfang an als Vorsitzender im IHK-Arbeitskreis „Junge Unternehmer“ mitgewirkt. Außerdem kennt er als Mitglied im Kuratorium und als Vorstandsvorsitzender der Vereinigung der Freunde des größten deutschen Wirtschaftsinstituts DIW bereits viele wirtschaftspolitische Themen und deren Bedeutung für die gesamte Berliner Wirtschaft.

Herr Tobias Weber stellt sich der Vollversammlung kurz vor.

Herr Dr. Schweitzer schlägt der Vollversammlung eine offene Wahl vor.

Die Vollversammlung beschließt zunächst mit fünf Enthaltungen eine offene Wahl. Im Anschluss wählt sie mit fünf Enthaltungen Herrn Tobias Weber zum Vizepräsidenten der IHK Berlin.

Herr Weber nimmt die Wahl an. Herr Dr. Schweitzer gratuliert Herrn Weber zu seiner Wahl und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

3. Feststellung des Jahresabschlusses 2013, Beschluss über die Ergebnisverwendung, Entlastung der Wirtschaftsführung 2013

Herr Dr. Schweitzer weist vorab darauf hin, dass das Haushaltsjahr 2013 wieder positiv abgeschlossen wurde und würdigt die herausragenden Leistungen der Berliner Unternehmen.

Frau Witt, die Vorsitzende der Etatkommission, berichtet anhand der als **Anlage 3** zum Protokoll beigefügten Präsentation, dass das Jahr 2013 mit einem Ergebnis von 3,36 Mio. € abgeschlossen wurde. Der Jahresabschluss 2013 ist von der Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs in der Zeit vom 02. bis 27. Juli 2014 in den Räumen der IHK geprüft worden. Er besteht aus der Bilanz zum 31. Dezember 2013, der Erfolgs- und Finanzrechnung, den Plan-Ist-Vergleichen, dem Anhang und dem Lagebericht. Die mit der Einladung vorgelegten

Unterlagen sind Bestandteil des geprüften Jahresabschlusses. Die Prüfung hat die Einhaltung der Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts bestätigt. Die von der Vollversammlung zur Verfügung gestellten Mittel sind sparsam und wirtschaftlich verwendet worden. Des Weiteren wurde für die Buchführung des Geschäftsjahres 2013, für den Jahresabschluss zum 31.12.2013 nebst Anhang sowie für den Lagebericht und die Wirtschaftsführung 2013 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Das Jahr 2013 weist ein Bilanzvolumen von 263.856 T€ auf. Die Zunahme der immateriellen Vermögensgegenstände gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Inbetriebnahme der Software für das Lucida Themenmanagement (276 T€). Die Betriebs- und Geschäftsausstattung hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen aufgrund planmäßiger Neuanschaffungen im Rahmen des Projektes der Netzwerkerneuerung (253 T€) und eines Stagesystems (170 T€). Der Anstieg des Finanzanlagevermögens gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der planmäßigen Umwidmung von Mitteln aus dem Umlaufvermögen. Der Rückgang des Umlaufvermögens gegenüber dem Vorjahr resultiert u.a. aus der Vermögensumschichtung und rückläufigen Beitragsforderungen aufgrund des geringeren Veranlagungsvolumens. Ursächlich hierfür sind die von der Vollversammlung beschlossenen Beitragssenkungen in den Jahren 2010, 2011 und 2013. Zusammen haben diese Gründe zu einem Rückgang des Kassenbestands von 45,8 Mio. € auf 41,8 Mio. € geführt. Erwähnenswert ist der Rückgang der offenen Beitragsforderungen infolge der weiterhin konsequent betriebenen Beitreibung der Beitragsforderungen aus 2012. Insgesamt wurden Forderungen in Höhe von rund 4,4 Mio. € in die Beitreibung gegeben. Zum Ende des Jahres waren davon nur noch rund 1,1 Mio. € offen. Des Weiteren reflektierten die rückläufigen langfristigen Verbindlichkeiten die Tilgungsleistung (2.034 T€) für das im Jahr 2007 im Rahmen der Umfinanzierung des LEH bei der Landesbank Berlin AG aufgenommene Schuldschein-darlehen.

Frau Witt stellt des Weiteren die wesentlichen Positionen des Bilanzergebnisses 2013 vor. Für die rechtliche Auseinandersetzung mit dem Zwischenleasingnehmer ILV Immobilien Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH wurden zur Abdeckung der finanziellen Risiken des Rechtsstreits die gesamten prognostizierten Prozesskosten (Anwalts- und Gerichtskosten) in Höhe von 1.652 T€ zurückgestellt. Der Anstieg des Finanzergebnisses gegenüber dem Plan (1.284 T€) ist überwiegend auf den Rückgang der Abschreibungen auf Finanzanlagen zurückzuführen. Die Mehrerträge aus Beiträgen in Höhe von 904 T€ gegenüber dem Planansatz resultieren überwiegend aus den Umlagen aus Vorjahren (Anstieg um 1.268 T€). Grundlage für die nicht vorhersehbaren zusätzlichen Erträge ist die Endabrechnung der Bemessungsgrundlagen aus Vorjahren. Für die geringere Inanspruchnahme des Budgets der Instandhaltung des LEH (749 T€) ist die Nichtdurchführung von

Maßnahmen aus logistischen und technischen Gründen ursächlich. Aufgrund der nicht durchgeführten Maßnahmen ist die geplante Entnahme aus der LEH-Instandhaltungsrücklage i. H. v. 610 T€ nicht erforderlich. Die Veränderung der Pensionsrückstellungen (694 T€) beruht überwiegend auf der Berücksichtigung der Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf das 67. Lebensjahr. Der Abschreibungsbedarf auf Beitragsforderungen für das laufende Geschäftsjahr wurde zu hoch eingeplant (593 T€). Mangels Erfahrungswert wurde der Abschreibungsbedarf in der Planung auf die in der Hochrechnung des Vorjahres angesetzten 2.500 T€ geschätzt. In 2012 mussten tatsächlich jedoch nur 1.851,3 T€ abgeschrieben werden. Auf diesem Niveau befindet sich nun auch der Wert für 2013. Aus Jahresabschlussbuchungen, die bei der Aufstellung des Planes nicht berücksichtigt wurden, resultieren überplanmäßige Erlöse (z.B. Auflösung oder Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen sowie von Rückstellungen) i. H. v. 474 T€. Die Nichtausschöpfung der Abschreibungen (Anlagevermögen) liegt zum einen an Einsparungen bei Investitionen durch sparsamere Beschaffung, zum anderen an nicht abgeschlossenen oder verschobenen Investitionen in verschiedene Softwareprojekte. **Frau Witt** schlägt abschließend vor, das verbleibende positive Ergebnis von 3.360.678,26 € angesichts der vollständigen Abdeckung der definierten Risiken, wie bereits per Beschluss der Vollversammlung vom 10.01.2014 beabsichtigt, in die Rücklage für bildungspolitische Zwecke einzustellen.

In der anschließenden Diskussion hinterfragt **Herr Dobat** die Steigerung bei den Personalstellen und bei den Gehältern seit dem Jahr 2008. **Frau Witt** verweist diesbezüglich auf die erheblich gestiegene Mitgliedschaftszahl sowie auf die neu hinzugekommenen Aufgaben der IHK Berlin. Für deren Erfüllung waren weitere Personalkapazitäten erforderlich, die von der Vollversammlung auch jedes Jahr bewilligt wurden. **Herr Senkel** moniert die nur einseitig gedruckte Version des Jahresabschlusses und regt an, den Jahresabschluss zukünftig nur noch per Email zu versenden. Dies ist erstmalig mit dem Jahresabschluss 2013 erfolgt. Für Nachfragen nach der Printform werden künftig 50 Exemplare, dann aber doppelseitig, gedruckt.

Herr Gruhn beantragt die Entlastung von Präsidium und Geschäftsführung und verbindet dies mit einem Dank für die geleistete Arbeit, insbesondere an die Vorsitzende der Etatkommission Frau Witt und an Herrn Meerstein.

Die Vollversammlung stellt zunächst bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung den Jahresabschluss 2013, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2013, der Erfolgs- und Finanzrechnung, einem Anhang und einem Lagebericht, fest.

Die Vollversammlung beschließt sodann bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, dass das Ergebnis in Höhe von 3.360.678,26 € in die von der Vollversammlung am 10. Januar 2014 beschlossene Rücklage für bildungspolitische Zwecke eingestellt wird.

Außerdem erteilt die Vollversammlung dem Präsidium und der Geschäftsführung für das Jahr 2013 bei zwei Enthaltungen sowie Stimmenenthaltungen des gesamten Präsidiums die Entlastung.

4. Änderung des Finanzstatuts der IHK Berlin und Beschluss der Beschaffungssatzung

Herr Dr. Schweitzer geht auf die Frage der Änderung des Finanzstatuts der IHK Berlin und des Beschlusses der Beschaffungssatzung ein. Er berichtet, dass sich die Vollversammlung schon seit längerem mit der Regelung der Vergabe von Aufträgen durch die IHK an Dritte befasst. Im Jahr 2013 sollte dieser Prozess mit der Verabschiedung einer Beschaffungssatzung durch die Vollversammlung abgeschlossen werden. Kurz nach der Verabschiedung fällte der EuGH jedoch ein Urteil, das entgegen der damaligen Annahme regelte, dass die IHKs keine öffentlichen Auftragsgeber sind. In Absprache mit der Rechtsaufsicht wurde die damalige Fassung der Satzung deswegen nicht in Kraft gesetzt.

Herr Irrgang ergänzt, dass das Urteil des EuGH klar stellt, dass Kammern nach den Bestimmungen des Europarechts keine öffentlichen Auftraggeber sind. Weil die landesgesetzlichen Vorschriften in Berlin an diese Eigenschaft anknüpfen, unterliegt die IHK Berlin auch nicht dem Landesvergaberecht. Deshalb stellt die vorgeschlagene Änderung des Finanzstatuts klar, dass für die Beschaffungen der IHK Berlin die von der Vollversammlung beschlossenen Regeln gelten. Diese Regeln finden sich in der an die neue Rechtslage angepassten Beschaffungssatzung.

Die Vollversammlung beschließt anschließend bei einer Enthaltung die Änderung des Finanzstatus und anschließend bei einer Enthaltung die Beschaffungssatzung in der mit der Einladung versandten Fassung.

5. Änderung der Prüfungsordnung Sachkundeprüfung Finanzanlagevermittler durch Erweiterung um Honorarfinanzanlageberater und Änderung der Anlage Gebührenordnung (Gebührentarife)

Zu der vorgeschlagenen Änderung der Prüfungs- und der Gebührenordnung erläutert Herr Irrgang, dass seit dem 01.08.2014 Honorarfinanzanlageberater, ebenso wie bislang bereits Finanzanlagevermittler, eine Erlaubnis des Gewerbeamtes benötigen. Dafür müssen sie die erforderliche Sachkunde nachweisen. Das geschieht in der Regel durch eine Prüfung bei der IHK. Die Prüfung für die Honorarfinanzanlageberater entspricht inhaltlich der Prüfung der Finanzanlagevermittler. Die Prüfungsordnung und die Gebührenordnung wurden dementsprechend lediglich um die Honorarfinanzanlageberater ergänzt.

Die Vollversammlung beschließt zuerst einstimmig die Änderung der Prüfungsordnung Sachkundeprüfung Finanzanlagevermittler durch Erweiterung um Honorarfinanzanlageberater. Anschließend beschließt die Vollversammlung einstimmig die Änderung der Anlage Gebührenordnung (Gebührentarife) in der mit der Einladung versandten Fassung.

TOP 5: Aktuelle Themen

1. Bericht aus dem DIHK

Herr Dr. Schweitzer berichtet über ein Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, an dem sowohl sieben Minister der Bundesregierung, als auch Vertreter von Spitzenverbänden, Gewerkschaften und anderen Institutionen teilgenommen haben. Die zwei wichtigsten Inhalte des Gespräches waren die digitale Agenda und die Entwicklung der Investitionsquote in Deutschland.

2. Bericht aus den IHK-Gremien

a. Präsidium

Herr Eder berichtet aus der vorangegangenen Präsidiumssitzung, in der sich zuerst Herr Dr. Franzke als neuer Geschäftsführer der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH vorgestellt hat. Außerdem wurde über den Fortgang des Energiegutachtens, die Initiative des Präsidiums zu einer Vision „Berlin 2030“, das Bündnis Wohnungsbau in Berlin, die Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik und die Start-Up-Initiative der IHK Berlin diskutiert und eine Änderung der Anlagerichtlinie beschlossen.

Des Weiteren informiert Herr Eder die Vollversammlung, dass Frau Melanie Bähr vom Präsidium zur stellvertretenden Hauptgeschäftsführerin der IHK Berlin berufen wurde. Frau Bähr verlässt die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH zum Ende des Jahres. Herr Eder freut sich, dass sie mit ihren Kompetenzen ab dem 1. Januar 2015 die IHK Berlin unterstützen wird.

b. Ausschüsse

Herr Dr. Schweitzer informiert die Vollversammlung, dass keine Themenanmeldungen aus den Ausschüssen vorliegen.

3. Aktuelle Themen

- **Lage in Berlin**

Herr Dr. Schweitzer spricht kurz die Situation nach dem angekündigten Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters an. Er bedankt sich bei Herrn Wowereit für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit auch mit seinem Nachfolger.

- **Aktuelle bildungspolitische Themen**

Herr Dr. Pahl, Geschäftsführer Aus- und Weiterbildung, stellt drei aktuelle bildungspolitische Themen vor:

1. Gründung einer Jugendberufsagentur in Berlin: Ausgehend von einem Beschluss der Sonderkommission "Ausbildungsplatzsituation und Fachkräfteentwicklung" beim Regierenden Bürgermeister arbeitet der Senat daran, eine Jugendberufsagentur in Berlin zu gründen. Ziel ist es, dass junge Menschen in allen Fragen zu den Themen "Berufsorientierung" und "Übergang von Schule in Ausbildung" in einer bezirklichen Jugendberufsagentur beraten und unterstützt werden. Die IHK ist in den entsprechenden Gremien zur Umsetzung der Jugendberufsagentur vertreten. Insbesondere finanzielle Fragen sind noch zu klären. Die ersten Agenturen könnten im ersten Halbjahr 2015 in den Bezirken eröffnen.

2. Qualitätssiegel für exzellente berufliche Orientierung: IHK, Handwerkskammer, die Unternehmensverbände Berlin Brandenburg, der Verband der freien Berufe, die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg und die Senatsbildungsverwaltung haben am 17.

September 2014 erstmalig zehn Schulen, die herausragende Leistungen bei der Berufsorientierung bieten, mit einem Qualitätssiegel ausgezeichnet.

3. IHK-Siegel für Ausbildungsexzellenz: Die IHK bietet Ausbildungsbetrieben ab Beginn des Jahres 2015 an, sich für ein IHK-Siegel für Ausbildungsexzellenz zu bewerben. Basierend auf einem vorgegebenen Katalog von 31 Kriterien geben Betriebe an, welche Standards sie in der betrieblichen Ausbildung erfüllen, z.B. individuelle Ausbildungspläne oder Auslandsaufenthalte während der Ausbildung. Für kleine und größere Betriebe gelten unterschiedliche Anforderungen, die von der IHK überprüft werden. Mit dem Siegel gibt die IHK den Betrieben ein weiteres Instrument für das betriebliche Azubi-Marketing an die Hand. Weitere Informationen enthält **Anlage 4** zum Protokoll.

- **Bericht Lenkungskreis „Bildungsprojekte“**

Herr **Dortans** berichtet, dass der Lenkungskreis Bildungsprojekte in seiner Sitzung am 15. September 2014 die Veröffentlichung des Aufrufs zur Abgabe von Interessebekundungen d.h. zum Einreichen von Projektideen, vorbereiten wird. Als Einsendeschluss für die Projekt-skizzen ist der 14. November 2014 vorgesehen.

- **Geplante Mietpreisbremse des Bundes**

Herr **Klussmann** geht zunächst auf den Entwurf des Mietrechtsnovellierungsgesetzes, den die Bundesregierung vorgelegt hat, ein. Dieser Entwurf enthält weder Hinweise für eine Stärkung der Investitionstätigkeit, noch für eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus, sondern führt zu einer weiteren Anspannung der Wohnungsmärkte. Dies sei negativ für Berlin, wo private und institutionelle Investoren aus ganz Europa interessiert sind zu investieren und zu sanieren. Zudem hat Justizminister Heiko Maas angedeutet, dass es noch einmal Überlegungen darüber geben soll, ob die geplante Mietpreisbremse auch für den Neubau gelten soll. Die IHK Berlin hat ihre Position gegenüber Senator Müller deutlich gemacht und wird das Thema weiter verfolgen.

- **Entwicklung der Berliner Handelsbeziehungen zu Russland vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftssanktionen**

Herr **Wiesenhütter** führt kurz in die gegenwärtige politische Situation ein. Es besteht die Gefahr einer Sanktionsspirale, die für beide Seiten Auswirkungen auf die Außenwirtschaft

hat. Allein die Abwertung des Rubels führte zur Insolvenz mehreren Russischen Reiseveranstalter, so dass mehr als 20000 Russische Reisende aus dem Ausland zurückgeholt werden mussten.

Herr IJspeert informiert die Vollversammlung, dass diese Thematik auch Gegenstand der letzten Sitzung des IHK-Außenwirtschaftsausschusses war. Er berichtet über die aktuellen Zahlen der Außenwirtschaft Berlins in Bezug auf die Handelsbeziehungen zu Russland. Russland war im Jahr 2013 mit 773 Mio € und einem gesamten Anteil von 6% am gesamten Außenhandelsvolumen der viertwichtigste Handelspartner Berlins. Im Vergleich zum Vorjahr sei das Geschäft mit Russland in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um knapp 40% zurückgegangen. Demzufolge ist Russland momentan mit einem Außenhandelsvolumen von 212 Mio € nur noch der neuntwichtigste Handelspartner Berlins. Dieser Rückgang liegt am hohen Niveau der Vorjahre und der zuletzt schwachen Konjunktur in Russland. Die Schwächung des Rubels gegenüber dem Euro hat eine Steigerung der Preise europäischer Produkte zur Folge. Aus diesem Grund orientieren sich die Russische Zulieferer und Partner vermehrt in Richtung China.

4. Aktuelle Themen aus der Vollversammlung

- **Aktueller Stand bei den Verhandlungen um das TTIP**

Herr Dr. Schweitzer informiert die Vollversammlung, dass dieses Thema aufgrund eines Hinweises von Herrn Tepasse in die Tagesordnung aufgenommen wurde. **Herr Wiesenhütter** informiert die Vollversammlung über den ihm bekannten Stand der Verhandlungen, die grundsätzlich hinter verschlossenen Türen geführt werden. Gegenwärtig sei noch offen, ob die Verhandlungen erfolgreich sein werden. Die Eckpunkte des TTIPs sind Marktzugang (Zollabbau, öffentliche Aufträge), die regulatorische Zusammenarbeit und die Entwicklung der globalen Standards.

Anschließend betont **Herr Dr. Schweitzer** die wirtschaftlichen und politischen Chancen, die das Transatlantic Trade and Investment Partnership für Deutschland und für die EU bietet. Neben dem Abbau von Handelsbarrieren zwischen den zwei größten Märkten der Welt und dem Ausbau vieler neuer Arbeitsplätze bietet das TTIP eine Möglichkeit, europäische Standards in die Welt zu transportieren.

- **Einführung eines Ted-Systems für Abstimmungen in der Vollversammlung**

Herr Dr. Schweitzer informiert die Vollversammlung, dass dieses Thema auf Wunsch von Herrn Hübner in die Tagesordnung aufgenommen wurde, obwohl die Vollversammlung darüber schon in der letzten Sitzung diskutiert und einen Tendenzbeschluss gefasst hat. Herr Eder ergänzt, dass die Vollversammlung bei der letzten Sitzung kein Interesse an der Einführung eines solchen Systems gezeigt hat. Auf Nachfrage verzichtet Herr Hübner auf eine erneute Abstimmung in der Vollversammlung.

Das Thema **Bewertung der Energieeffizienzpolitik im Gebäudebereich** wurde aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung der Vollversammlung vertagt.

Herr Dr. Schweitzer schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

Berlin, den 24. September 2014



Dr. Eric Schweitzer
Präsident



Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

- Anlage 1 Präsentation zur Olympiabewerbung
- Anlage 2 Präsentation zur Initiative „Ehrbarer Kaufmann“
- Anlage 3 Präsentation zum Jahresabschluss 2013
- Anlage 4 Präsentation zum „Qualitätssiegel“